

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 61 (1969)

Heft: 6

Rubrik: Zeitschriften-Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Für die Unternehmer bedeuten verlängerte bezahlte Urlaubszeiten höhere Kosten. Die amerikanische Chamber of Commerce hat kürzlich eine Studie über dieses Problem durchgeführt. Es ergab sich dabei, daß der durchschnittliche Unternehmer den Wert von 12 cents pro Stunde für den Urlaub seiner Angestellten zu zahlen hatte. Durch Feiertage wurden weitere 7,5 cents pro Stunde hinzugefügt, wie die gleiche Quelle feststellte.

Dr. W. Schweisheimer, New York

Zeitschriften-Rundschau

Aus der Genossenschaftsgeschichte

«Annalen der Gemeinwirtschaft» heisst das im belgischen Lüttich erscheinende Organ der Internationalen Forschungs- und Informationsstelle für Gemeinwirtschaft. In dem mit Verspätung erschienenen Heft 4/1968 befassen sich drei Autoren mit der Genossenschaftsidee. Der Beitrag von O. R. Krishnaswami vermittelt einen historischen Überblick und eine Analyse der «Genossenschaftsprinzipien». Paul Hibberd und Paul Lambert führen ein Streitgespräch über die Originalität der Pioniere von Rochdale, wobei ersterer in seinem Beitrag «Ist die Rochdale-Tradition in der Genossenschaftsgeschichte gerechtfertigt?» den Nachweis erbringt, dass Rochdale zwar einen bedeutenden Platz in der Genossenschaftsgeschichte verdient, aber niemals die hervorragende Stellung, die es traditionell innehat. Hibberd meint, dass die Rochdaler-Pioniere selber gute Historiker waren, sie lernten aus der Vergangenheit, und ihre vorsichtige Geschäftsführung – gekoppelt mit Glück bei der Zeitwahl ihrer Gründung –, half ihnen, die Zukunft zu gestalten. Der Genossenschaftsgedanke breitete sich von Rochdale aus, aber er hat mit Sicherheit niemals dort seinen Ursprung genommen. Diesen Überlegungen stehen diejenigen von Paul Lambert gegenüber, der nicht bereit ist, an der Originalität der Pioniere von Rochdale zu zweifeln. Er erkennt wohl, dass vor Rochdale andere Genossenschaften existiert haben, wendet aber ein, dass dieselben niemals eine solch entscheidende Rolle wie diejenigen von Rochdale spielen konnten.

Für viele Leser mag allerdings nicht entscheidend sein, ob nun Rochdale an erster oder zweiter Stelle in der Geschichte des Genossenschaftswesens steht, aber trotzdem bieten die Beiträge der beiden Kontrahenten eine Fülle von äusserst lesenswertem Material über die Entwicklung der Genossenschaften, so dass dieser Streit nur zum Vorteil der Leser ausgetragen wurde.

Die Kluft zwischen Belgrad und Moskau wird grösser

Die «Osteuropäische Rundschau» ist ein monatlich erscheinendes Organ der «Free Europe, Incorporated», das sich die Aufgabe stellt, über Ereignisse und Entwicklungen in den vom Kommunismus beherrschten Ländern zu orientieren. Obwohl es im Grunde ein Kampforgan gegen den Kommunismus ist, dürften seine Berichterstattungen zu den sachlichsten und umfassendsten gezählt werden. Es geht der «Osteuropäischen Rundschau» auch nicht darum – wie gewissen anderen antikommunistischen Zeitschriften –, ausschliesslich über die Misserfolge des internationalen Kommunismus zu berichten, um damit die Leser in der Illusion zu wiegen, der Kommunismus sei bald am Ende. Ihre Berichterstattung ist viel differenzierter, sie berichtet auch von Erfolgen, denn nur durch eine umfassende Orientierung über alle Schatten- und Sonnenseiten glaubt sie ihre Leser im Kampf gegen den Kommunismus wappnen zu können. In der Aprilnummer findet sich nun als Hauptbeitrag ein Bericht von Slobodan Stankovic über den im März 1969 in Belgrad stattgefundenen IX. Kon-

gress des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BKJ). Der Berichterstatter stellt in den Mittelpunkt seines Beitrages die auch hier deutlich spürbare politische Fehde zwischen dem BKJ und den sowjetischen Kommunisten. Anstoß dazu bot diesmal die militärische Besetzung der Tschechoslowakei und die von den gegenwärtigen sowjetischen Führern formulierte Doktrin von der «begrenzten Souveränität» sozialistischer Staaten. Aus den folgenden Gründen misst der Berichterstatter dem Kongress des BKJ besondere Bedeutung zu: Er bestätigte die innere Demokratisierung der Partei, und zwar durch die Annahme wirklich liberaler Parteistatuten, und erbrachte ferner die Erkenntnis, dass die Kluft zwischen Moskau und Belgrad mit normalen Mitteln nicht zu heilen ist. Die Spannung selbst kam im übrigen schon dadurch zum Ausdruck, dass die Sowjets den Parteitag boykottierten.

Hinweise

Die «Frankfurter Hefte» haben ihre Mainummer dem Thema «Mitbestimmung» gewidmet. Einer der Redakteure, Walter Dirks, begründet dies wie folgt: «Diese Zeitschrift bezeichnet sich in ihrem Untertitel von ihrer Gründung an als „Zeitschrift für Kultur und Politik“. Wenn sie dem Problem der Mitbestimmung ein ganzes Heft widmet, so tut sie dies nicht nur, weil es sich um eine sozial- und wirtschaftspolitische, partei- und staatspolitische Frage von grosser Bedeutung handelt, sondern nicht zuletzt deshalb, weil sie in der wachsenden Mitbestimmung ein Element der Veränderung unserer „Kultur“ sieht, ein sichtbares Moment im Prozess der Geschichte.» Ergänzend zu der umfassenden Behandlung des aktuellen Themas findet sich im Schlussteil des Heftes eine nützliche und ausführliche Bibliographie zum ganzen Problemkreis. Diese ermöglicht es dem interessierten Leser, sich den geeigneten Lesestoff für eine umfassende Orientierung zu beschaffen.

Die Halbmonatsschrift der Bekenndenden Kirche Deutschlands, «Stimme», herausgegeben unter anderen von Martin Niemöller, veröffentlicht in Heft 10 eine aufschlussreiche Schilde-

itung des Südamerikaners Julio de Santa Ana der «lateinamerikanischen Wirklichkeit und des katholischen Episkopats». Der Autor gelangt hierbei zu folgenden Feststellungen: «Es bleibt die Aufgabe der Kirche, sich eindeutig auf die Seite der Unterdrückten und Ausgebeuteten zu stellen, die für ihre Befreiung kämpfen. Wenn sie sich in den Prozess der Erneuerung eingliedern will, muss sie wissen, dass es um den neuen Menschen geht, den Menschen der auch von Jesus Christus gemeint ist. Ganz genau gesagt, sie muss zu einer wahren lateinamerikanischen Kirche werden, und das heisst: eine Kirche der Armen, eine Kirche jener, die für die Befreiung des Menschen kämpfen.»

Am 1. Juli dieses Jahres zieht ein Sozialdemokrat als neuer Präsident der Bundesrepublik Deutschland in die Villa Hammerschmidt ein. Christian Götz gedenkt dieser Tatsache in der Mai-Nummer der «Gewerkschaftlichen Monatshefte» unter dem Titel «An Gustav Heinemann scheiden sich die Geister». In seinem Beitrag würdigt der Autor die Persönlichkeit des neuen Präsidenten und gibt einige Hinweise über Herkunft, Werdegang und politische Stellungnahmen des Gewählten.

Die Zeitschrift «Arbeit und Sozialpolitik» (Düsseldorf) enthält in ihrer Doppelnummer 3/4 unter dem Problemkreis «Investivlohn und Reform der Vermögensbildung» die folgenden Beiträge: Heinz Müller, «Die Vermögensverteilung in der Bundesrepublik»; Alois Oberhauser, «Der Investivlohn als Mittel der Verteilungspolitik»; Fritz Burgbacher, «Der gesetzliche Beteiligungslohn»; Wilfrid Schreiber, «Die Methoden der Vermögensbildung in kreislaufanalytischer Sicht»; Walter Hesselbach, «Es wird sich nicht viel ändern» und Ludwig Poullain, «„Reform“ der Vermögenspolitik».

Die Mai-Nummer der vom österreichischen Gewerkschaftsbund herausgegebenen Monatsschrift «Arbeit und Wirtschaft» befasst sich mit «Neuen Wegen der Datenverarbeitung und die Zukunft der Angestellten», und die sozialistische österreichische Halbmonatsschrift «Die Zukunft», Heft 8/9, stellt das Thema «Warum Vierzig-Stunden-Woche» zur Diskussion. *Otto Böni*